

II-3243 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**

Zl. 10.001/33-Parl/77

Wien, am 24. Jänner 1978

An die  
Parlamentsdirektion  
Parlament  
1017 W I E N

1526 /AB  
1978 -02- 02  
zu 1536/J

Die schriftliche parlamentarische  
Anfrage Nr. 1536/J-NR/77, betreffend die Ausbildung von  
Südtiroler Studenten in Österreich, die die Abgeordneten  
Dr. ERMACORA und Genossen am 13. Dezember 1977 an mich  
richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1)

a) Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung  
ist stets bemüht, die Ausbildung der Südtiroler Studierenden  
auf eine rechtliche Basis zu stellen, da grundsätzlich die  
Südtiroler (als italienische Staatsbürger) den österreichischen  
Studierenden gleichgestellt sind und für sie keine Zulassungs-  
beschränkung gilt.

b) Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung  
hat mit Erlässen vom 9. Dezember 1977 40 Südtiroler Juristen  
das beantragte "studium irregulare" (Rechtswissenschaften +  
Übersetzer- und Dolmetscherausbildung) bewilligt, wobei bei den  
Lehrveranstaltungen des II. und III. juristischen Studienab-  
schnittes die Fachgebiete Privat- und Strafrecht, Verfassungs-  
und Verwaltungsrecht von italienischen Honorarprofessoren  
gelehrt und geprüft werden.

c) Am 15. November 1977 wurden anlässlich der 5. Experten-  
sitzung in Rom weitere akademische Grade gegenseitig anerkannt  
und zwar die Magisterien für Geschichte, Mathematik, Biologie,  
Erdwissenschaft, Romanistik, Klassische Archäologie, Klassische  
Philologie, Ur- und Frühgeschichte, Deutsche Philologie,  
Slawistik, Anglistik und Amerikanistik und Theaterwissenschaft.

- 2 -

Für 15 Lehramtsstudien hat die italienische Delegation eine ehestmögliche wohlwollende Prüfung zugesagt.

ad 2) und 3)

Die geplante Zusammenarbeit zwischen der Universität Innsbruck und der Universität Padua bedarf der Zustimmung Italiens. Die Kompetenz für Verhandlungen mit Italien diesbezüglich liegt in Österreich beim Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten.

